

LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
197 · Ausgabe TG · November 2021



AUS DER KANTONALEN POLITIK

«Dörfs no es bizeli meh si?»

Der Politikherbst dürfte spannend werden. Wir werden alles dafür geben, dass er nicht auch frustrierend wird. Im Zentrum des Geschehens steht das Budget für das kommende Jahr. Vorgesehen sind ein Aufwandüberschuss von rund 1,6 Millionen Franken und eine Steuersenkung. Bei genauerer Durchsicht des Budgets wird schnell klar: Es handelt sich einmal mehr um eine Budgetvorlage, bei der nicht die Aufgabenerfüllung und künftige Herausforderungen im Vordergrund stehen, sondern Abbau, Sparen und eine zünftige Steuersenkung.

Wie der medialen Berichterstattung bereits zu entnehmen war, schlägt der Regierungsrat trotz des Aufwandüberschusses und den Finanzierungsfehlbeträgen für die kommenden Jahre eine Steuersenkung von fünf Prozent vor. Als wäre das nicht schon besorgniserregend genug, rissen unsere rechten und bürgerlichen Ratskolleg:innen einen regelrechten Steuersenkungswettbewerb vom Zaun; jede Fraktion schlug noch ein paar Prozente oben drauf, sodass wir nun über eine Steuersenkung von bis zu zehn Prozent diskutieren müssen.

Die Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre waren gut. Die



Nina Schläfli,
Parteipräsidentin



Sonja Wiesmann,
Fraktionspräsidentin

Basis dafür bildeten jeweils ausserordentliche Einnahmen wie höhere Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank oder eine kantonspezifische Berechnung des Vermögens. Nicht vergessen werden darf zudem, dass die guten Abschlüsse auch das Resultat von zwei bitteren Sparpaketen und Leistungsabbau, nicht realisierten Projekten und sehr engen Budgetvorgaben für die Verwaltung waren.

Ja, kämpfen müssen wir auch für die Mitarbeitenden der Verwaltung: Die geplante und dringend notwendige Personalaufstockung wird von der rechtsbürgerlichen Mehrheit des Parlaments nämlich hinterfragt oder bereits bekämpft, und auch die geplante Lohnerhöhung von 0,4% wird zum Teil nur zähneknirschend akzeptiert. Die Arbeitsbedingungen und Löhne sind im Vergleich mit der Privatwirtschaft in den meisten Fällen in Ordnung, kommen aber zunehmend unter Druck, und in gewissen Bereichen ist es heute schon unmöglich, erfahrene Fachpersonen einzustellen oder Vakanzten überhaupt zu besetzen. Die Mitarbeitenden sind das höchste Gut eines Arbeitgebers und zufriedene Mitarbeitende machen aus einer Unternehmung eine erfolgreiche

Unternehmung. Wir müssen den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung Sorge tragen, denn zufriedene Mitarbeitende sind die beste Werbung, gerade auch in Bezug auf die Rekrutierung von neuen Talenten und erfahrenen Fachkräften.

Nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch kantonal wird derzeit versucht, die Steuern für Reiche oder Unternehmen in allen möglichen Bereichen zu senken. Hängig sind derzeit Vorstösse zur Abschaffung der Handänderungssteuer – hier hätten wir eine Einnahmeneinbusse von 30 bis 35 Millionen –, sowie der Liegenschaftssteuer, die den Kanton noch einmal um 13 Millionen Steuereinnahmen bringen würde. Über eine Refinanzierung dieser Ausfälle machen sich unsere rechtsbürgerlichen Ratskolleg:innen natürlich keine Gedanken, genauso wenig wie über Steuergerechtigkeit.

Nicht mitbedacht werden die grossen Herausforderungen der Zukunft wie kostenintensive Massnahmen gegen den Klimawandel, die mancherorts inexistenten und doch so dringend benötigte Kinderbetreuung oder die stetig steigenden Gesundheitskosten. Wir reden hier

Fortsetzung von Seite 9 ►

an eine Wand. Trotzdem werden wir an der Budgetsitzung im Dezember auf die Versäumnisse der vergangenen Jahre und die Herausforderungen der Zukunft verweisen und entsprechende Budgetanträge stellen.

Neben der so zentralen Finanz- und Steuerpolitik beschäftigen die Fraktion derzeit auch viele weitere Themen. An einer ausserordentlichen Fraktionssitzung mit den

Grünen haben wir uns beispielsweise ausführlich mit der Thurgauer Kantonalbank, der Gebäudeversicherung Thurgau und der Pädagogischen Hochschule Thurgau befasst. Normalerweise finden diese Treffen im Rahmen der Beratung der Geschäftsberichte statt. Damit in der notwendigen Ausführlichkeit über die Strategie und Geschäftstätigkeit der drei kantonalen Institutionen

diskutiert werden konnte, fand dieser Austausch ausnahmsweise an einem Extratermin statt. Darüber hinaus werden das Sozialhilfe- und Öffentlichkeitsgesetz mit Spannung erwartet.

Auch die Geschäftsleitung hat einen intensiven Politerbst und -winter vor sich. Die Gesamtkampagne soll finalisiert und grundlegende Organisationsfragen sollen angegangen werden. Daneben werden wir uns aktiv in die nationalen Abstimmungskämpfe einbringen, etwa für die Pflegeinitiative oder das neue Mediengesetz sowie gegen die Abschaffung der Stempelsteuer. Wir freuen uns darauf und bedanken uns schon heute bei allen Mitgliedern für die tatkräftige Unterstützung!

NÄCHSTE TERMINE

- **Sitzung des Kantonalvorstandes**, 18. November 2021, 19.15 Uhr, in Weinfelden
- **Neujahrsapéro**, 8. Januar 2022, 16 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben
- **Parteitag SP Schweiz**, 5. Februar 2022, Genf
- **Parteitag SP Thurgau**, 18. März 2022, 19 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben

Pflegeinitiative – Wann, wenn nicht jetzt?

MAX MÄDER, EHEMALIGER CO-REKTOR DES BILDUNGSZENTRUMS FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES (BFGS) WEINFELDEN PFLEGT ZU SAGEN: «WANN DANN, WENN NICHT JETZT?» JA, GENAU! AUF WAS WOLLEN WIR DENN NOCH WARTEN? GERNE GEBE ICH IHNEN EINEN RÜCKBLICK AUF DIE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DER VOLKSINITIATIVE. WAS BISHER GESCHAH – UND WARUM JETZT WIRKLICH ETWAS GESCHEHEN MUSS.

20 Jahre und noch viel mehr. So lange kämpfen Vorreiter und Vorreiterinnen für eine Besserstellung der Pflege auf dem politischen Parkett. Allen voran Ruedi Joder, SVP-Alt-Nationalrat aus dem Kanton Bern. Als Partner einer Pflegefachfrau erkannte er bereits früh die Ungereimtheiten im Pflegeberuf. Mittels Motion versuchte er die Anerkennung des Diplompflegeberufs zu erreichen. Das war anfangs 2000 mitten in der Bologna-Bildungsreform. Wohl wurde damals die vierjährige Diplomausbildung aufs Tertiärniveau angehoben, parallel dazu entstand die dreijährige Berufsausbildung zu Fachfrau/Fachmann Gesundheit (FaGe) auf Sekundar-niveau. Obwohl wir als dipl. Pflegefachfrauen und -männer den Beruf mit einem Abschluss der Höheren Fachschule, Bachelor oder Master der Fachhochschule oder gar mit einem Doktorstudium an einer Universität abschliessen können, ist es nach wie vor unmöglich für die Pflegenden, erbrachte Leistungen ohne



Edith Wohlfender-Oertig,
Geschäftsführerin SBK Berufs-
verband Pflege SG TG AR AI,
Kantonsrätin SP Thurgau

ärztliche Verordnung abzurechnen. Neu angedachte Versorgungsmodelle mit speziell ausgebildeten Pflegefachpersonen, den Advanced Practicer Nurses (APN) – analog den angelsächsischen Ländern – scheiterten an der Finanzierung durch die Krankenversicherung. Diese Eigenständigkeit des Pflegeberufes forderte Ruedi Joder mit einer parlamentarischen Initiative. Am 27. April 2016 folgte die Klatsche mit Nichteintreten auf das Begehren. Eine Klatsche für die Pflege, eine, die uns wachgerüttelt und motiviert hat für einen konsequenten nächsten Schritt. Nur neun Monate später startete die Unterschriftensammlung und nach weiteren neun Monaten wurde das Volksbegehren dem Bundesrat übergeben.

Die Kernforderungen der Pflegeinitiative sind:
Hohe Pflegequalität für alle, nicht nur für wenige!

In der Bundesverfassung sollen einerseits die Anerkennung und die

Förderung der Pflege als Bestandteil der Gesundheitsversorgung und andererseits eine ausreichende und allen zugängliche Pflege von hoher Qualität festgehalten werden.

Gerechte und ausreichend hohe Finanzierung der Pflegeleistungen in allen Sparten!

Weiter müssen Bund und Kantone dafür sorgen, dass eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen für den zunehmenden Bedarf zur Verfügung steht. Dieses Anliegen wird von der Politik anerkannt und ist auch im Gegenvorschlag enthalten. Der zweite, für den Pflegealltag unerlässliche Teil, dass nämlich die in der Pflege tätigen Personen entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Kompetenzen eingesetzt werden, ist darin nicht enthalten. Nebenbemerkung: Tendenziell wird seit Einführung der neuen Pflegefinanzierung und der Fallpauschalen beobachtet, dass die Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen zugunsten von Fachpersonen

Gesundheit mit klar tieferem Lohn reduziert wird und somit eine ungünstige Entwicklung in der Pflegequalität entsteht. Aus Sicht der Institutionen können die Personalkosten gesenkt werden, nicht aber im Gesamtkontext des Gesundheitswesens. Studien beweisen, dass dadurch Komplikationen entstehen und die Pflegequalität abnimmt.

Eine rasche Umsetzung des Vierpunkteprogramms

Der Bund kann im Rahmen seiner Zuständigkeiten Erlasse anordnen. Nämlich:

- 1 Festlegung der eigenverantwortlichen und ärztlich verordneten Pflegeleistungen, die von Pflegefachpersonen zulasten der Versicherungen erbracht werden können. Für die Spitexleistungen ein wichtiger Faktor, da jetzige administrative Leerläufe reduziert werden können;
- 2 die angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen, damit die Pflege im ambulanten und stationären Setting nicht nur als Kostenfaktor angesehen wird. In den Fallpauschalen werden zum Beispiel pflegerische Leistungen nicht gesondert ausgewiesen;
- 3 anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen für alle in der Pflege tätigen Personen;
- 4 Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung von den in der Pflege tätigen Personen.

Die Pflege unter Druck, nicht erst seit Corona

Aus meiner Sicht als Geschäftsleiterin des Schweizer Berufsverbandes für Pflegefach-

personen SBK, Sektion SG TG AR AI – in dieser Funktion zuständig für Mitgliederberatungen – kann der Fachkräftemangel nicht alleine durch eine milliardenschwere Bildungsinitiative behoben werden. Das Gesundheitssystem hat einen Reformstau. New Public Management, DRG etc. schafften es nicht, neue Versorgungsmodelle nach den Prinzipien der WZW-Regeln (Wirksamkeit, Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit) zu entwickeln. Die neuen Finanzierungsmodelle entpuppen sich knapp zehn Jahre nach der Einführung als Kostentreiber. In den letzten Jahren versuchten Arbeitgeber den Druck auf die Leistungserbringenden, also die Pflegenden, abzuwälzen. Zunehmend kürzere Verweildauer, weniger Personal pro Patient, rigide Zeitvorgaben in der ambulanten Pflege zu Hause (Spitex), mehr Fachpersonal Sekundarstufe anstelle von Diplompflegerpersonal etc. führen zu multiplen Problemen im Arbeitsumfeld. Nebst der Bildungsinitiative, klaren Vorgaben zur «Nurse to Patient Ratio» und der Verrechenbarkeit der Pflegeleistungen durch Pflegende braucht es zwingend allgemeinverbindliche Arbeitsbedingungen. Das heutige Arbeitsrecht im Gesundheitswesen formuliert viele Problemfelder nur ungenau aus. So zum Beispiel die Entlohnung für die Nacht- und Sonntagsarbeitszeit, die per Definition im Pflegeberuf ja selbstverständlich sei und nicht zwingend gesondert vergütet werden müsse. Pikettdienstregelungen, die zunehmend in eine Art Arbeit auf Abruf ausufern, Ausbeutung der Ruhezeitenrege-

lungen in den Schichtbetrieben, Dienstplangestaltung mit minimalstem Einbezug der Arbeitnehmer:innen (max. 2 wunschfreie Arbeitstage pro Monat bei 7-Tage-Woche wohlverstanden), einen freien Sonntag pro Monat etc. All dies führt nebst dem Druck im Arbeitsalltag zu einem hohen Frustrationspotenzial und letztendlich zur Resignation, da man/frau ja sowieso nichts ändern könne. Auch ich selbst ertappe mich oft in der Frustrationsspirale. Optimierungen in den Anstellungsbedingungen lassen sich kaum erwirken und, wenn ja, nur in langwierigen kräftezehrenden Verhandlungen.

Fazit

Die Politik schaffte es trotz des latenten Fachpersonalmangels weder auf kantonaler noch auf nationaler Ebene, bessere Rahmenbedingungen für das Pflegepersonal zu schaffen, damit dieses die Arbeit «state of the art» leisten kann. Es ist nicht das Pflegepersonal schuld daran, dass diese Situation so ist, dass sie den Job nicht so machen können, wie es sein müsste. Auch die Arbeitgeber hätten politisch längst schon auf bessere Bedingungen pochen können. Nun wollen sie sich auch noch mit dem «Spatz in der Hand» zufrieden geben. Nein, der Gegenvorschlag reicht nicht aus für den Verbleib des Pflegepersonals im Beruf. Wir brauchen die Pflegeinitiative.

Darum ein kräftiges JA am 28. November!

Unser neues Geschäftsleitungsmitglied – ein Gewerkschafter der dritten Generation

Alex Granato wurde am 4. Februar 1961 in Apulien in Süditalien geboren. Seine Kindheit ist typisch für die vieler Kinder von italienischen Arbeitsmigrant:innen der 1960er-Jahre. Sein Vater hatte Arbeit als Saisonnier in der Schweiz gefunden und konnte nach mehreren Jahren, in denen er häufig und lange von der Familie getrennt war, eine Bewilligung beantragen und danach über den Familiennachzug seine Frau und die Kinder nachholen. Als Dreijähriger kam Alex in die Schweiz und wuchs gemeinsam mit seinen drei Geschwistern in Kradolfschönenberg auf. Wie viele Italiener:innen dieser Generation plante auch die Familie Granato nur vorübergehend in der Schweiz



Familie Granato 1979 (Alex oben in der Mitte).

zu bleiben und später wieder in die Heimat zurückzukehren. Wie die allermeisten blieben auch die Granatos in der Schweiz. Für Alex ist Italien somit vor allem das Land, in dem er seine Ferien verbrachte. Mit einem Occasion-Fiat 124 fuhr die Familie Granato damals vom Thurgau bis nach Apulien, um dort im eigenen Haus einige Wochen Ferien mit den Verwandten zu verbringen. Eine schöne Zeit. Das Leben in der Schweiz war vor allem von harter Arbeit geprägt. Beide Eltern waren Vollzeit berufstätig. Der Vater arbeitete in einer Zimmerei-Sägerei und die Mutter in der Konservenfabrik Bischofzell. Integration fand nebenbei statt. Über die

Fortsetzung auf Seite 12 ►

Fortsetzung von Seite 11 ►

Arbeit, aber vor allem auch über die Feuerwehr und die Gewerkschaft. Aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern musste Alex zuhause viel mitarbeiten und bereits früh Verantwortung für seine jüngeren Geschwister übernehmen. Bereits als Kindergärteler brachte er seine jüngeren Geschwister in die Kinderkrippe und über Mittag besorgte er beim Bäcker frisches Brot, um anschliessend das gemeinsame Mittagessen aufzuwärmen. Am Esstisch spielte die Politik dann immer schon eine grosse Rolle in der Familie. Besonders gut kann sich Alex an die Zeit der Schwarzenbach-Initiative erinnern, welche Ängste, Unsicherheit und auch gewisse Verletzungen in der Familie und im Umfeld mit sich brachte. Auch auf dem Pausenplatz in der Schule sei die Schwarzenbach-Initiative präsent gewesen und Kinder von Migrant:innen seien häufig beleidigt und angefeindet worden. Im Grunde seien die aus Italien Zugewanderten mit dem gleichen Misstrauen und denselben Vorurteilen konfrontiert worden wie spätere Migrationsgenerationen zum Beispiel aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Konse-



Alex Granato an der Standaktion der SP-Sektion AachThurLand zu den Kantonsratswahlen 2020.

quenzen aus der Schwarzenbach-Initiative zog die Familie Granato einige Jahre später mit der Einbürgerung.

Später absolvierte Alex dann eine Lehre zum Schreiner und engagierte sich wie sein Grossvater und sein Vater gewerkschaftlich. Seine berufliche Karriere verdeutlicht auch, wie sich die Gewerkschaftslandschaft in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten von kleineren, regional organisierten Gewerkschaften zu schweizweiten Organisationen

gewandelt hat. Vom Vorstand und Kassier der örtlichen Gewerkschaftsgruppe über Sektionszusammenlegungen und den Zusammenschluss zur Gewerkschaft Bau und Industrie bis hin zur heutigen Unia hat Alex alles miterlebt und mitgestaltet. Heute ist er als Gewerkschaftssekretär der Unia tätig. Ein Gewerkschafter durch und durch.

Seit 1993 ist er SP-Mitglied. Die geteilte Geschichte von Gewerkschaften und Sozialdemokratie und die gemeinsamen Ziele wie faire Löhne und sichere Arbeitsplätze haben ihn überzeugt, sich auch politisch zu engagieren. Ausserdem vertritt die SP die Interessen von Migrant:innen in der

Schweiz nicht nur bei der Frage der Einbürgerung. Seit 2021 ist er Mitglied der Geschäftsleitung der SP Thurgau. Einen Fokus möchte er bei der Mitgliederwerbung setzen. Auch im bürgerlichen und ländlichen Thurgau könne sozialdemokratische Politik überzeugen und er sieht grosses Potenzial, um den Wähler:innenanteil zu steigern und neue Mitglieder zu gewinnen. Dies trifft insbesondere auch auf Migrantinnen und Migranten zu.

Abschied aus dem Grossen Rat

1992 wurde ich zum ersten Mal in den Grossen Rat gewählt. Ich war nur zwei Jahre dabei, doch da lief was. Der Bau der KVA Thurgau wurde beschlossen. Der war nicht unumstritten und das Geschäft zeigte mir klar die Grenzen des Milizparlamentes auf. Es gab undurchsichtige Interessen, technisch hochkomplexe Beschlüsse wurden gefasst, deren Folgen kaum jemand im Parlament abschätzen konnte. Daran gemessen ist es eigentlich ein Wunder, dass die KVA noch heute läuft. Der grösste Brocken im Parlament war damals 1993 die Gemeindereorganisation. Nie werde ich vergessen, wie sehr viele kleine Gemeinden an ihrer Autonomie hingen. Die Bürgergemeinde Hessenreuti zum Beispiel konnte erst aufgelöst werden, nachdem eines der vier letzten Mitglieder verstorben war – zur Erleichterung der kantonalen Behörden ein Konservativer. Anfang 1994 verliess ich den Grossen Rat bereits wieder. Es wäre mir damals nicht eingefallen, als junge Mutter im Parlament zu bleiben – heute ist das zum Glück anders, gell, Elina und Nina.

Als ich 2016 zum zweiten Mal im Rat Einsitz nahm, hatte ich ein Déjà-vu. Die Akten kamen noch immer in fetten Couverts in den Briefkasten. Die beiden Weinfelder Max Vögeli und Max Brunner waren noch immer da. Die Akten haben sich mittlerweile ins Netz verschoben, die beiden Maxe bleiben.

Vielleicht sehe ich das in einigen Jahren anders, aber ich glaube, der ganz grosse Wurf für den Thurgau war in den letzten sechs Jahren nicht dabei. Im ersten Jahr legte ich mich für die Kulturstiftung ins Zeug, für den Französischunterricht, für mehr Tempo 30 und weniger strenge Hürden für Einbürgerungswillige. Ich wehrte mich gegen Gift in den Wäldern und für die Insekten. Ich gestaltete das Archivgesetz in der Kommission mit, das war schön.

Der Ton, glaube ich, ist mit dem schier unaufhaltsamen Aufstieg der SVP in unserem Kanton rauer geworden. Da wird auf Sozialhilfebezüger eingedroschen, Ausländerinnen müssen für alles herhalten, was nicht gut läuft. Das Bashing der Kantonsangestellten wird bei jeder Budgetdebatte neu aufgerollt und der Staat als Ganzes in Frage gestellt. Solchen Voten im Rat mit Nonchalance und Schlagfertigkeit zu begegnen, ist anspruchsvoll, kann aber auch grossen Spass machen.

Die Arbeit im Grossen Rat machte mir Freude, doch die Programmleitung für den neuen Verein «Lesefeld» und das Frauenfelder Bücherfest fordern mich heraus und ich habe beschlossen, meinen Fokus mehr auf die Arbeit mit Büchern einzustellen. Ich wünsche der SP-Fraktion Gestaltungswillen, Biss, Spass an der Arbeit und gute Ideen.



Marianne Sax, Kantonsrätin SP Thurgau